

Ukraine: Eskalation vs. Deeskalation

von Mirko Petersen

Nach offiziellen Angaben forderte der Krieg in der Ukraine bereits 6.000 Todesopfer, mehr als eine Million Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht und 600.000 Menschen haben die Ukraine verlassen.¹ Darüber hinaus ist nicht zu vergessen, dass diese Auseinandersetzung „zu einem beispiellosen Anstieg von Chauvinismus und Xenophobie in der ukrainischen und russischen Gesellschaft geführt“² hat, wie die Teilnehmer eines Anti-Kriegs-Kongresses in Minsk bereits im Juni 2014 beklagten. „Die im April 2014 eingeleitete ‚Anti-Terror-Operation‘ gegen die Rebellion im Osten des Landes ist zu einem Krieg ohne klare Fronten und Regeln eskaliert“, konstatiert der Politikwissenschaftler Klaus Müller. „Auf beiden Seiten kämpfen lokale Gruppierungen, nationalistische Weltanschauungskrieger, Privatarmeen von Unternehmern, mafiöse Banden - und ausländische Söldner.“³ Angesichts dieser unübersichtlichen Situation und der oben genannten alarmierenden Zahlen stellt sich die Frage, wie sich die Situation in der Ukraine weiterentwickelt. In diesem Artikel soll aufgezeigt werden, dass es verschiedenartige, sich gegenüberstehende Tendenzen gibt – einige verweisen auf eine weitere Eskalation, andere auf eine Deeskalation des Konfliktes. Diese Tendenzen lassen sich v.a. in vier miteinander verwobenen Themenbereichen beobachten, die in diesem Artikel diskutiert werden sollen:

1. Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung in Kiew und den SeparatistInnen;
2. Der westlich-russische Konflikt;
3. Die geopolitische und außenwirtschaftliche Ausrichtung der Ukraine;
4. Das politische und soziale Modell der Ukraine.

1. Die innerukrainische Auseinandersetzung: Krieg vs. Diplomatie

Zunächst soll auf die Entwicklungen in der unmittelbaren kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine eingegangen werden. Hier stellt das Abkommen „Minsk II“, das nach langen Verhandlungen am 16. Februar 2015 von Angela Merkel, Francois Hollande, Wladimir Putin und Petro Poroschenko präsentiert wurde, einen Hoffnungsschimmer dar. Es beinhaltet einen Waffenstillstand, die Aufforderung zum Abzug aller ausländischen Truppen und Waffen sowie Pläne zur Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine (wobei das Thema Krim ausgeklammert wurde). Der UNO-Sicherheitsrat bestätigte Minsk II mit der Resolution 2202, was andeutet, dass die Großmächte für den Moment die militärisch geschaffenen Fakten akzeptieren. Natürlich bewegen sich die Worte des Minsker Abkommens nicht sehr nah an der Realität, denn die Kämpfe halten an und das außer-ukrainische Eingreifen bleibt bestehen. Doch trotzdem ist dieses Abkommen und die UN-Resolution wichtige Zeichen der Deeskalation und immerhin lässt sich vermerken, dass Minsk II besser eingehalten wird als sein Vorgängerabkommen Minsk I.

Negativ stimmt, dass beide Kriegsparteien ihre selbst aus-

gegeben Ziele nicht aufgeben wollen. Auf der einen Seite will Kiew wieder die vollkommene Kontrolle über die Ostukraine erlangen, was jedoch eher gegenteilige Effekte hat: je härter die sog. Anti-Terror-Operation, desto geringer die die Möglichkeit eines zukünftigen

Zusammenlebens in ein und demselben Staat. Auf der anderen Seite sehen sich die Aufständischen durch militärische Erfolge ermutigt und streben die Vergrößerung des von ihnen kontrollierten Territoriums an. Wenn die Vertragsparteien von Minsk II dieses Abkommen ernst nehmen, müsste es gelten, klare Zeichen an die radikalsten KämpferInnen auf beiden Seiten zu senden – d.h. Moskau müsste auf die Aufständischen einwirken und versuchen, sie von weiteren Gebiets Eroberungen abzuhalten und die Regierung in Kiew müsste dringend gegen die rechtsradikalen Freiwilligenbataillone in seinen Reihen vorgehen, die jegliche Art von Abkommen ablehnen und torpedieren.⁴ Die kürzlich erfolgte Absetzung des Gouverneurs der Oblast Dnjepropetrowsk, Igor Kolomojskij (auf die am Ende dieses Artikels noch einmal eingegangen wird), der innerhalb des Regierungslagers zu den vehementesten Befürwortern einer militärischen Rückeroberung der Ostukraine zählt, könnte ein Zeichen in diese Richtung sein.⁵ Ob dies allerdings der Fall ist, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

2. Der westlich-russische Konflikt: Neuer Kalter Krieg vs. Neues Vertrauen

Wie bereits angedeutet, kommt den außenstehenden Akteuren im Ukraine-Konflikt eine besondere Bedeutung zu. Das Land ist zum Spielball der Interessen in der häufig als „Neuer Kalter Krieg“ bezeichneten Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland geworden. Nach dem Ende des Kalten Krieges nutzten die NATO und die EU die Schwäche Russlands auf verschiedene Weisen aus, um ihren Einfluss in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum zu erweitern. Hier seien v.a. die NATO-Osterweiterung sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik genannt. Besonders seit dem Georgien-Krieg im Jahr 2008 reagiert Russland in zunehmend brutaler Art und Weise auf das westliche Vordringen, was nun in der Ukraine seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Wie Klaus Müller betont, hat Russland „seine Entscheidung zur Annexion der Krim nicht angesichts des Regierungsturzes in Kiew getroffen, sondern aus dessen Einordnung in eine längere Konfliktgeschichte“⁶.

Dies soll keineswegs eine strukturdeterministische Argumentationsweise sein, in dem auf westliches Agieren ganz automatisch eine bestimmte russische Reaktion folgt bzw. folgen muss. Dies würde, wie der Politikwissenschaftler Sebastian Mayer richtigerweise kritisiert, innenpolitische Vorgänge und ideologische Konstruktionen in der internationalen Politik ignorieren.⁷ Doch bei der kurzen Erklärung des russischen Entwicklungspfad folgt Mayer ebenfalls einer deterministischen Annahme, nämlich der, dass Russland bereits seit der Wahl Putins zum Präsidenten im Jahr 2000 auf einen Konfrontationskurs mit dem Westen zusteuerte. Seit damals sei eine anti-westliche Feindbildkonstruktion vorangetrieben worden, die sich sukzessive gesteigert hätte.⁸ Doch so eindeutig in eine Richtung lief dieser Prozess nicht. Diese Argumentation



Ukrainische Armee bei Slawansk. Foto: Sasha Maksymenko/Flickr

ignoriert, dass die ersten Regierungsjahre Putins von Annäherungen mit den USA⁹ und einigen europäischen Staaten¹⁰ geprägt waren. Erst der Irak-Krieg und v.a. die „bunten Revolutionen“ im postsowjetischen Raum, die zweite Runde der NATO-Osterweiterung (bei der mit den baltischen Staaten ehemalige sowjetische Republiken aufgenommen wurden) sowie die Erwägungen auch Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, ließen die anti-westliche Haltung der Regierung erstarken und dessen Ideologie zunehmend anti-westlicher werden. Es ist das Zusammenwirken von äußeren und inneren Faktoren, welches im Fokus der Analyse Russlands und dessen Beziehungen zum Westen stehen muss.

Die Interventionen des Kremls in der Ukraine sollen durch die Feststellung, dass sie eine Reaktion auf das westliche Vorgehen nach dem Ende der Blockkonfrontation ist, in keiner Weise legitimiert werden. Es ist nur ein Hinweis darauf, dass solange die westliche Politik gegenüber Russland nicht umgestellt wird, dies als Stärkung und nicht als Schwächung der nationalistisch-autoritären HardlinerInnen in Russland, die sich u.a. auch für verstärktes Eingreifen in der Ukraine aussprechen, begriffen werden muss. Der Russland-Experte Kai Ehlers hebt in Bezug auf die westliche Russland-Politik hervor, dass „Wladimir Putin, das attackierte Objekt des Informations- und Sanktionskrieges, [...] in dem Maße mehr Zustimmung [erfährt], wie der Druck auf das Land von außen erhöht wird. [...] Anstelle eines russischen Maidan, entwickelt sich ein landesweiter russischer ‚Anti-Maidan‘.“¹¹

Mit Blick auf die Ukraine, aber auch darüber hinaus wäre es nun wichtig, der westlich-russischen Eskalationsspirale zu entkommen. Falls dies nicht geschieht, ist weder eine schnelle Lösung des Ukraine-Konflikts in Sicht noch kann garantiert werden, dass keine weitere kriegerische Auseinandersetzungen im postsowjetischen Raum folgen. Ein neues Vertrauen für zukünftige Zusammenarbeit im Interesse aller Beteiligten sollte den gegenseitigen Schlagabtausch ersetzen – „der Fokus

muss von Prinzipien und Strafen zu Realismus und Kompromissen wechseln“¹², wie der Journalist Ben Aris es formuliert.

3. Geopolitik und Außenwirtschaft: Unsichere Peripherie vs. Unabhängigkeit und Neutralität

Über ein Entgegenkommen der mächtigen äußeren Kräfte im jetzigen Konflikt hinaus, muss sichergestellt werden, dass die Ukraine sich möglichst unabhängig und abseits von geopolitischen Konflikten entwickeln kann. Die beste Voraussetzung dafür wäre eine geopolitische Neutralität und eine ökonomische Doppelorientierung.

In Bezug auf die geopolitische Orientierung muss konstatiert werden, dass ein funktionierender ukrainischer Staat nicht über eine einseitige Westbindung hergestellt werden kann, denn eine Annäherung zwischen den Regionen ist nur im Falle einer außenpolitisch neutralen Stellung möglich. Dies würde auch der gespaltenen Meinung der Bevölkerung Rechnung tragen.¹³ In erster Linie sollte auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichtet werden, um die Möglichkeit von friedlichen Beziehungen mit Russland nicht vollkommen auszuschließen. Dies muss keine außenpolitische Isolierung bedeuten, sondern könnte das Land zu einem wichtigen Vermittler im postsowjetischen Raum machen.

Neben der sicherheitspolitischen Westbindung haben sich Präsident Poroschenko und die Regierung unter Premierminister Arsenij Jazenjuk der ökonomischen Annäherung an die EU verschrieben. Die Einseitigkeit auf diesem Gebiet wird ebenfalls negative Konsequenzen nach sich ziehen. Die wirtschaftliche Bindung nach Westen kann höchstens für den primären Sektor Vorteile bringen, die Industrieerzeugnisse (z.B. Maschinen, Flugzeuge, Fahrzeuge), die hauptsächlich nach Russland gingen, sind auf europäischen Märkten nicht konkurrenzfähig.¹⁴ Was droht ist also eine zunehmende Deindustrialisierung des Landes, mit dem ein zusätzlicher Verlust

Vermögen der reichsten ukrainischen Oligarchen (in Mio. Dollar)

Rinat Achmetow	6.900
Wiktor Pintschuk	1.500
Ihor Kolomojskyj	1.400
Hennadij Boholjubow	1.300
Jurij Kosiuk	1.100
Vadim Novinsky	790
Olexandr Jaroslawskyj	774
Petro Poroschenko	750
Kostyantyn Zhevago	735
Serhij Tihipko	686

Quelle: <http://forbes.ua/ratings/1> (Stand: April 2015)

an ökonomischer Unabhängigkeit einhergehen dürfte.¹⁵ Eine Rückkehr zum Handel mit Russland wäre für den Moment die einzige Möglichkeit, den Niedergang vieler Wirtschaftszweige zu verhindern.

4. Politik- und Sozialmodell: Oligarchie vs. Umverteilung und Demokratie

Im Schatten des Krieges und der geopolitischen Auseinandersetzungen spielt die soziale Entwicklung in der Ukraine eine untergeordnete Rolle in der Berichterstattung über das Land. Schon vor dem Beginn der Maidan-Proteste im Winter 2013 und dem Sturz der Regierung von Wiktor Janukowitsch am 21. und 22. Februar 2014, war die ökonomische Situation der Ukraine katastrophal. Eine Statistik des Wirtschaftsmagazin „The Economist“ zeigt dies anschaulich. Wenn das BIP des Jahres 1992, also das Jahr des Zusammenbruchs der Sowjetunion, mit 100 indiziert wird, so kommt die Ukraine im Jahr 2013 gerade einmal auf 50 (Russland käme auf 130, Weißrussland auf 265).¹⁶ Seit der bereits sehr schwierigen Zeit nach dem Ende der UdSSR, machte die Ukraine weitere große Einbußen: Die Stahlproduktion liegt nur noch bei 43 % im Vergleich zu 1991, die Stromproduktion bei 70 %, Entwicklungs- und Forschungsabteilungen haben 2/3 ihrer Kapazitäten verloren.¹⁷ Doch diese Talfahrt scheint sich nun, nach dem Maidan-Umsturz und dem Beginn des Krieges, noch weiter fortzusetzen: 2014 schrumpfte die ukrainische Wirtschaft um 7 % und für 2015 sind weitere 6 % vorausgesagt.¹⁸

Für die Verschärfung der Krise muss nun die Mehrheit der Bevölkerung aufkommen, ganz so wie es die ukrainische Regierung dem Internationalen Währungsfond im Gegenzug für dessen Kredite versprochen hat. Mit Rentenkürzungen, dem Einfrieren des ohnehin geringen Mindestlohns, Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und erhöhten Energiepreisen soll das Geld dort geholt werden, wo es ohnehin kaum vorhanden ist. Demgegenüber steht weiterhin eine enorme Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, d.h. in den Händen der ukrainischen Oligarchie.¹⁹ Während die 50 reichsten Personen der USA ein Vermögen besitzen, das 4 % des Sozialproduktes ausmacht und die gleiche Rechnung in Russland 18 % ergibt, beläuft sich das Vermögen der 50 reichsten UkrainerInnen auf 47 % des Sozialproduktes.²⁰

Ebenso wie die Wirtschaft, wird auch die Politik des Landes von der Oligarchie bestimmt. Die Maidan-Proteste wendeten sich u.a. auch gegen diese Herrschaft der Oligarchie, doch es

muss konstatiert werden, dass diese Forderungen ins Leere gelaufen sind. Der neue Präsident Petro Poroschenko, selbst Oligarch, sorgte gemeinsam mit seinen MitstreiterInnen für eine Kontinuität des bisherigen, korrupten Modells, in dem Geschäftsdeals direkt auf höchster politischer Ebene verhandelt werden. Zu Recht wird vor diesem Hintergrund vielfach kritisiert, in der Ukraine habe lediglich ein „Oligarchenwechsel“ stattgefunden.²¹

Kürzlich, am 25. März 2015, wurde deutlich, dass Poroschenko, der sich inmitten des ukrainischen Chaos gegenüber der eigenen Bevölkerung sowie gegenüber seinen westlichen Verbündeten als Garant für Stabilität präsentiert, sogar sein eigenes Lager nicht unter Kontrolle hat. Der Journalist Uwe Klußmann war sogar der Auffassung, dass „die Ukraine am Rande eines weiteren bewaffneten Konflikts [stand]. Diesmal nicht mit prorussischen Rebellen, sondern zwischen Anhängern des Regierungslagers.“²² Hintergrund war ein Beschluss des ukrainischen Parlaments vom 18. März 2015, dass das Quorum bei Gesellschaftsversammlungen in vom Staat kontrollierten Unternehmen von 60 auf 51 % abgesenkt werden sollte. Dies zielte speziell auf das Energieunternehmen UkrNafta ab, in dem Milliardär Igor Kolomojskij mit einer Sperrminorität von 43 % eine starke Kontrolle ausübte.

Doch Kolomojskij war gleichzeitig auch Gouverneur der Region Dnjepropetrowsk, nicht weit von den Rebellengebieten entfernt, wo er mit einer – von faschistischen Kräften dominierten – Privatarmee jegliche pro-separatistischen Tendenzen brutal unterdrücken lässt und damit eine wichtige Position im sog. Anti-Terror-Kampf Kiews einnimmt. Die gegen ihn gerichtete Entscheidung des Parlaments beantwortete Kolomojskij damit, dass er bewaffnete Trupps in die Konzernzentrale von UkrNafta schickte und deutliche Drohungen gegen die Regierung ausstieß.²³ Er signalisierte, innerhalb von Stunden mehr als 2.000 Soldaten in die Straßen Kiews schicken zu können.²⁴

Im Ergebnis wurde Kolomojskij als Gouverneur von Dnjepropetrowsk abgesetzt. Nachdem es kurzzeitig den Anschein hatte, als würde es zur offenen Konfrontation zwischen Poroschenko und Kolomojskij kommen, scheint es nun, dass eine Einigung erzielt worden ist.²⁵ Diese besagt, dass der Kolomojskij sich aus der Politik heraushält und dafür wirtschaftlich nicht angegriffen wird.²⁶ Doch insgesamt ist dieser Frieden brüchig und zudem stellt sich die Frage, ob es zukünftig zu weiteren oligarchischen Auseinandersetzungen kommt, zum Beispiel zwischen der Regierung und dem reichsten Ukrainer, Rinat Achmetow.²⁷ Neben dem Krieg zwischen Kiew und den SeparatistInnen, scheinen mit dieser Art von inneroligarchischen Auseinandersetzungen weitere Eskalationsfronten geschaffen zu werden.

Anstatt des Machtgerangels der Oligarchie abseits von demokratischen Normen, würde die Ukraine ein sozialeres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell benötigen, das den Reichtum der herrschenden Klasse beschneidet. Zudem müsste der Zugang zu den politischen Institutionen des Landes für breitere Teile der Gesellschaft ermöglicht werden, in dem die Oligarchie von ihren Schaltstellen entfernt wird. Forderungen dieser Art waren sowohl auf dem Maidan, als auch in Reihen der separatistischen Gebiete zu vernehmen. In Kiew als auch in Moskau wird jedoch sorgsam darauf geachtet, dass diese Ausrichtungen nicht hegemonial werden. Stattdessen kanalisiert sich der Unmut auf beiden Seiten in jeweils gegen den anderen gerichtete Nationalismen. Würde es gelingen, soziale, anti-oligarchische Forderungen über die Kriegsgrenzen hinweg zu

Fotoshooting am Rande der Minsk-II-Verhandlungen. Foto: Wikipedia



formulieren, so könnten Perspektiven für eine Deeskalation und ein zukünftiges Zusammenleben in der Ukraine geschaffen werden.²⁸

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Müller, Klaus: Die Ukraine am Abgrund. Wie oligarchische Politik und ethnische Polarisierung das Land zerreißen, [Deutschlandfunk](#), 20.3.2015.
- 2 „Den Krieg zu beenden – das ist die Hauptaufgabe aller demokratischen linken Bewegungen“, Minsker Antikriegsappell linker Bewegungen Weißrusslands, Russlands und der Ukraine, 8.6.2014 (engl. Fassung), [Blätter für deutsche und internationale Politik](#): Dokumente zum Zeitgeschehen.
- 3 Müller: Die Ukraine am Abgrund, s.o.
- 4 Vgl.: Delanoë, Igor: Minsk II, kleinste aller Hoffnungen, in: *Le Monde Diplomatique* (deutsche Ausgabe), März 2015, S.19; Der Kommandeur des rechtsradikalen Bataillons „Azov“ wird in der *Moscow Times* folgendermaßen zitiert: „Dieser Krieg wird unweigerlich weitergehen – entweder bis zu unserer kompletten Niederlage oder bis zu unserem vollen Sieg und zur Rückgabe unseres Landes in der gesamten Ostukraine und der Krim. Wir glauben an das zweite Szenario [...]“ (Ukrainian Nationalist Battalion Ready to Battle Pro-Russian Rebels, [Reuters](#), 27.3.2015)
- 5 Die russische Nachrichtenagentur [Sputnik](#) (Sumo-Kampf auf Ukrainisch: Staatschef entlässt Top-Oligarchen, 26.3.2015) schreibt hierzu: „Ohne Kolomoiski wäre Poroschenko nicht in der Lage gewesen, den Krieg im Donbass zu führen. Seine Ölfirmen liefern den Treibstoff für die ukrainische Armee, die von ihm finanzierten Freiwilligenbataillone haben in den letzten Monaten eine entscheidende Rolle gespielt. Anders als die reguläre ukrainische Armee, die wenig Lust hat, gegen die eigene Bevölkerung zu kämpfen, sind die Soldaten der von Kolomoiski finanzierten Bataillone hochmotiviert. Ihre Bezahlung ist weitaus besser und sie sind teilweise auch besser ausgerüstet als die ukrainische Armee. Kolomoiskis Fernsehsender sind ein wichtiger Faktor im Kampf um die Meinungshoheit im Konflikt. [...] Unterstützung kann Kolomoiski nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Ausland finden. Mit der Unterzeichnung von Minsk II hat sich Poroschenko klar auf die politische Linie von Merkel, Hollande und Obama begeben. Diese Politik wird weder von allen europäischen noch von allen amerikanischen Politikern geteilt. Die baltischen Staaten und Polen stehen für eine härtere Gangart des Westens in der Ukraine, neokonservative Politiker wie Viktoria Nuland und John McCain sowie Teile der Nato befürworten eine militärische Eskalation. Sie könnten in Kolomoiski durchaus eine Option sehen.“
- 6 Müller: Die Ukraine am Abgrund, s.o.
- 7 Vgl.: Mayer, Sebastian: Putin der Getriebene? Wider den Struktur determinismus in der Russland-Ukraine-Debatte, [Blätter für deutsche und internationale Politik](#), 60. Jg., Heft 4/2015, S.77-83, hier S.77.
- 8 Vgl.: ebd., S. 81-82.
- 9 Vgl.: Mankoff, Jeffrey: *Russian Foreign Policy. The Return of Great Power Politics*, Rowman and Littlefield, Lanham (Maryland, USA), 2009, S. 18; Petersen, Mirko: *Steilvorlage 9/11. Die Entwicklung der russischen Außenpolitik im Nordkaukasus*, in: [IMI Ausdruck](#) 4/2011, S.31-33, hier: S. 32.
- 10 Vgl.: Petersen, Mirko: *Russland, quo vadis? Pragmatismus und Russophobie in Europa, eurasische und asiatische Orientierung in Russland*, [IMI Studie](#) 05/2011, S.4-7.
- 11 Ehlers, Kai: *Der umgestülpte Brzezinski – Betrachtungen zu einem historischen Irrtum*, [kai-ehlers.de](#), 18.3.2015.
- 12 Aris, Ben: *How to end the Ukraine conflict*, [bne IntelliNews](#), 19.3.2015.
- 13 Vgl.: Wagner, Jürgen: *Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie. Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte*, [IMI Studie](#) 02c/2014, S.15.
- 14 Vgl.: Aris: *How to end the Ukraine conflict*, s.o.
- 15 Vgl.: Becker, Joachim: *Untergeordnete Integration. Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Ukraine*, in: [Kurswechsel](#) 3/2014, S. 76-82, hier: S. 79.
- 16 Vgl.: *Why is Ukraine's economy in such a mess?*, [theeconomist.com](#), 5.3.2014.
- 17 Vgl.: Hofbauer, Hannes: *Die Krise hinter dem Krieg. Von Armut, sozialen Gegensätzen und vermeintlichen Auswegen*, in: Thoden, Ronald/ Schiffer, Sabine (Hg.): *Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen*, Selbstrund Verlag, Frankfurt a.M., 2014, S.42-55, hier: S.44.
- 18 Vgl.: Cohen, Josh: *Is There Another Maidan Brewing in Ukraine?*, [themoscowtimes.com](#), 19.3.2015.
- 19 Zur Rolle der Oligarchie in der Ukraine, besonders in Bezug auf die geopolitische Ausrichtung des Landes, vgl.: Petersen, Mirko: *Die Oligarchie und die geopolitische Orientierung der Ukraine*, in: [IMI AUSDRUCK](#) 6/2014, S.25-28.
- 20 Vgl.: Müller: *Die Ukraine am Abgrund*, s.o.
- 21 Vgl.: Dérens, Jean-Arnault/Geslin, Laurent: *Schwergewichte aus Donezk. Die Revolution in der Ukraine ist eher ein Oligarchenwechsel*, [Le Monde Diplomatique](#) (deutsche Ausgabe), 11.4.2014.
- 22 Klußmann, Uwe: *Poroschenko geht gegen die Söldner der Oligarchen vor*, [Spiegel Online](#), 26.3.2015.
- 23 Vgl.: Kahlweit, Cathrin: *Der Oligarch zeigt Kiew die Muskeln*, [sueddeutsche.de](#), 25.3.2015.
- 24 Vgl.: [IMI-Aktuell](#) 2015/164 (26.3.2015).
- 25 Vgl.: Rötzer, Florian: *Die Milizen des Rechten Sektors wollen unabhängig bleiben*, [Telepolis](#), 28.3.2015.
- 26 Vgl.: Klußmann: *Poroschenko geht gegen Söldner der Oligarchen vor*, s.o.
- 27 Vgl.: Linnik, Anton: *Axmetovu grozit nazionalizacija*, [gazeta.ru](#), 30.3.2015.
- 28 Vgl.: Kohler, Stefan: *Ukraine: Ein Jahr Maidan und Anti-Maidan*, in: [Blätter für deutsche und internationale Politik](#), 59. Jg., Heft 12/2014, S.19-22.